
Städtischer Runder Tisch
für ein humanitäres Bleiberecht in Münster

Sehr geehrte Ratsmitglieder der Stadt Münster!

Mit größter Besorgnis haben die Mitglieder des städtischen Runden Tisches für ein humanitäres Bleiberecht in Münster Informationen über die Lebensbedingungen in der Zentralen Unterbringungseinrichtung (ZUE) in der ehemaligen York-Kaserne zur Kenntnis genommen.

Durch die Zusammenführung der geflüchteten Menschen aus der Ukraine in für sie eigene Schwerpunkteinrichtungen werden die anderen Flüchtlinge in sog. reguläre Einrichtungen verschoben, was sie oft nicht verstehen und was sie unsicher und hilflos macht.

In der ZUE Münster, die zu den „regulären“ Einrichtungen gehört, kam es durch diese Maßnahme zu einer Verdoppelung der Belegung in kürzester Zeit. Im März lag die Belegung plötzlich bei 920 Personen, aktuell bei 750. Das bedeutet für die Betroffenen wie für die Einrichtung und den Betreiber, ASB, eine immense Herausforderung.

Zu Beginn fehlte es sogar an Matratzen, Decken und Kissen für die neu verteilten Menschen.

Aber es gibt auch Engpässe in anderen Bereichen: Essensausgabe, Leistungsauszahlung (6-7 Stunden Wartezeit alle 14 Tage), soziale und kulturelle Angebote, die nicht mehr oder nur noch sehr begrenzt angeboten werden können.

Corona positive Menschen müssen ihre Quarantäne, inklusive Essen, in den überfüllten Zimmern abwarten. Zum Waschen etc. müssen sie die Gemeinschaftsanlagen benutzen! Da erscheint die Quarantäne als Schikane.

In auch von Kindern bewohnten Teilen der Unterbringung gibt es seit mehreren Monaten nur 1-2 Stunden am Tag warmes Wasser!

Diese unwürdigen Lebensbedingungen, die Erfahrungen von Hilflosigkeit und Kontrollverlust und der Verlust von Selbstwirksamkeit, sind eindeutig Trauma verstärkend. Sie können zu einem deutlichen Anstieg von aggressivem Verhalten und Spannungen führen, was seinerseits ungeheuer belastend für die in der Unterbringungseinrichtung lebenden und arbeitenden Menschen ist.

Als Letztes und für die Münsteraner Bevölkerung am bedeutendsten ist die Tatsache, dass Kinder und Jugendliche über die erlaubten sechs Monate Unterbringung in einer ZUE ausharren müssen. Die gewachsene Anzahl der Kinder und Jugendlichen lässt das schulische Lernangebot mit zwei Lehrkräften als völlig unzureichend und damit als Farce erscheinen.

Die Mitglieder des Runden Tisches freuen sich über die angemessene Behandlung von aus der Ukraine Geflüchteten. Gleichzeitig sehen sie eine solche Behandlung als ebenso notwendig für die Geflüchteten anderer Regionen.

Auch wenn die ZUE als Landeseinrichtung nicht den Entscheidungen des Münsterschen Stadtrates unterliegt, gibt es Maßnahmen, mit denen die Stadt Münster den Menschen in der ZUE in ihrer prekären Situation helfen kann und muss. Deshalb fordert der Runde Tisch:

1. Psychisch belastete und schwer körperlich erkrankte Menschen, die in Münster eine Behandlung begonnen haben, müssen unverzüglich aus der belastenden Massenunterbringung herausgeholt und in der Stadt Münster kommunal aufgenommen werden.
2. Das Gleiche gilt für Geflüchtete, die in Münster familiäre Beziehungen haben. Die Stadt Münster erklärt sich bereit, zur Umsetzung dieser Maßnahmen betroffene Personen über die Aufnahmequoten hinaus aufzunehmen und eine entsprechende Erklärung gegenüber dem Land abzugeben.
3. Kinder und Jugendliche müssen dringend in die Regelbeschulung aufgenommen werden. Auch das kann nur über eine schnelle Zuweisung erfolgen. Die Stadt Münster setzt sich gegenüber der Landesregierung für eine Verkürzung der Unterbringungsdauer von Familien in Landeseinrichtungen ein.

Für den Runden Tisch



Pfr. Alexandra Hippchen, Moderatorin